

ANTRAG

der NPD-Fraktion

EntschlieÙung zum 20. Jahrestag des Mauerfalls - 9. November 1989 – Freiheit und soziale Gerechtigkeit endlich verwirklichen!

Der Landtag möge beschließen:

- A. Anlässlich des 20. Jahrestages des Falls des sogenannten „antifaschistischen Schutzwalls“ würdigt der Landtag den Einsatz der Frauen und Männer in der untergegangenen DDR, welche durch ihr mutiges und entschlossenes Handeln die kommunistische Diktatur zum Einsturz brachten. Sie haben – trotz Inkaufnahme von härtesten Strafen, Verfolgung und persönlichen Nachteilen, wie Kindesentzug und Berufsverboten – für die Freiheit und Einheit Deutschlands gekämpft.
- B. Der Landtag betrachtet es mit großer Sorge, daß zwanzig Jahre nach dem Untergang der DDR, Verantwortliche und Handlanger des SED-Unterdrückungsapparates heute wieder vermehrt in führenden Stellungen in der Politik und der Verwaltung zu finden sind.
- C. Der Landtag stellt fest:
 1. 20 Jahre nach dem Mauerfall sind die Freiheitsrechte immer noch nicht verwirklicht. So wird den Vertretern der nationalen Opposition der Zugang zu den Massenmedien unter dem Deckmantel der Demokratie verweigert. Freie Wahlen werden verhindert, indem systemkritische Kandidaten der Antritt zu Bürgermeister- und Landratswahlen in Mecklenburg-Vorpommern verwehrt wird.
 2. Soziale Gerechtigkeit ist erst dann hergestellt, wenn die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland hergestellt ist. Die überdurchschnittlich hohe Erwerbslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern zeigt deutlich, daß unser Bundesland zum Armenhaus der Republik geworden ist.
 3. Die Abwanderung aus Mecklenburg-Vorpommern muß durch eine am Gemeinwohl ausgerichtete Politik gestoppt werden.

Begründung:

„Wir sind das Volk“ – unter diesem Motto forderten vor zwanzig Jahren immer mehr Deutsche in der DDR das Recht auf Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit. Zentrale Forderungen hunderttausender Demonstranten waren weiterhin der Zugang zu den Massenmedien für alle gesellschaftlich bedeutenden Gruppen sowie freie, gleiche und geheime Wahlen.

Am 9. November 1989 fiel in Berlin die Mauer, die über 28 Jahre Sinnbild für das geteilte Deutschland war. Dem Mauerfall vorausgegangen waren unzählige Massenkundgebungen, Republikfluchten über das Ausland und Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat der DDR. Innerhalb kürzester Zeit formierte sich eine Oppositionsbewegung, und aus dem Ruf „Wir sind das Volk“ entwickelte sich der Sehnsuchtsschrei „Wir sind ein Volk“! Der Ruf nach Einigkeit und Recht und Freiheit wurde, wie schon am 17. Juni 1953, wieder lebendig!

Nach 20 Jahren ist zu prüfen, ob die zentralen Anliegen der Bürgerrechtsbewegung in der BRD erfüllt wurden.

Udo Pastörs
und Fraktion